



Politik

Präsident Lai Ching-te besucht Tempel zum Neujahrsbeginn



Präsident Lai Ching-te (賴清德) hat am ersten Tag des neuen Jahres des Pferdes mehrere Tempel besucht und Glücksbeutel verteilt. Lai betete in Taipei, New Taipei City und Keelung, für Frieden und Wohlstand im neuen Jahr.

Im Lungshan Tempel in Taipei sagte Präsident Lai, die Regierung werde auf den wirtschaftlichen Erfolgen des vergangenen Jahres aufbauen und die wirtschaftliche Entwicklung weiter vorantreiben. Zugleich äußerte er die Hoffnung, dass Regierungs- und Oppositionsparteien gemeinsam im Interesse des Landes und der Bevölkerung handeln und dass das Parlament nach Beginn der Sitzungsperiode den Gesamthaushalt sowie den Sonderhaushalt für die Landesverteidigung möglichst schnell verabschieden werde.

Im Qing'an Matsu-Tempel in Keelung sagte Lai, die Regierung werde zwei Maßnahmen fortsetzen. Erstens sollen Kleinst-, kleine und mittlere Unternehmen bei der Transformation und Modernisierung umfassend unterstützt werden, um die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und Arbeitsplätze zu sichern. Zweitens seien Lohnerhöhungen und Steuersenkungen vorgesehen.

Präsident Lai sagte, die Regierung habe in den vergangenen zehn Jahren die Gehälter von Militärangehörigen, Beamten und Lehrkräften viermal angehoben; insgesamt entspreche dies einer Steigerung von 14 Prozent. Auch habe man sich für Lohnerhöhungen bei Arbeitnehmern und Arbeitsmigranten eingesetzt.

Gleichzeitig seien zahlreiche Steuererleichterungen eingeführt worden, die die Belastung der Bevölkerung verringerten. Derzeit seien etwa 40 bis 50 Prozent der Bevölkerung von der Einkommensteuer befreit.

Präsident Lai sagte: "Die Regierung nimmt Geld in die Hand, um die Wirtschaft zu entwickeln und sich um die Menschen zu kümmern. Nur so ist es sinnvoll. Wenn es der Wirtschaft gut geht, das Geld aber nur in den Taschen der Unternehmer landet, dann hat das keinen Sinn."

Taiwan weist Chinas Aussagen bei der Münchner Sicherheitskonferenz zurück



Taiwans Außenminister Lin Chia-lung (林佳龍) hat Äußerungen des chinesischen Außenministers Wang Yi während der Münchner Sicherheitskonferenz, wonach Taiwan zu China gehöre, entschieden zurückgewiesen.

Lin betonte, dass Taiwan ein unabhängiger und souveräner Staat ist. Taiwan und die Volksrepublik China seien einander nicht untergeordnet. Weder aufgrund historischer Tatsachen noch angesichts der objektiven Realität oder nach Maßgabe des Völkerrechts habe Taiwan jemals zur Volksrepublik China gehört. Jede Darstellung, die den Status von Taiwans Souveränität verzerre, werde weder den Status quo in der Taiwanstraße noch die international anerkannten objektiven Tatsachen verändern.

Chinas Außenminister Wang Yi habe auf der Münchner Sicherheitskonferenz davon gesprochen, "die Ziele der Charta der Vereinten Nationen einzuhalten" und andere Staaten für die jüngsten Spannungen im asiatisch-pazifischen Raum verantwortlich gemacht. Tatsächlich habe China jedoch in jüngster Zeit durch Militäraktionen in der Region wiederholt gegen den in der Charta der Vereinten Nationen festgelegten Grundsatz der "Unterlassung der Anwendung oder Androhung von Gewalt" verstoßen. Dies bedrohe ernsthaft Frieden und Stabilität in der Region, beeinträchtige den internationalen See- und Luftverkehr sowie den Handel und offenbare eine hegemoniale Haltung, bei der Worte und Taten nicht übereinstimmen. Er rief Peking dazu auf, die objektive Tatsache der Existenz der Republik China (Taiwan) zu respektieren, gemeinsam Frieden und Stabilität in der Region zu wahren, unverzüglich die Irreführung der internationalen Öffentlichkeit einzustellen und grundlose Provokationen zu unterlassen.

Taipei begrüßt EU-Vorstoß für engere Sicherheitskooperation

Außenminister Lin Chia-lung (林佳龍) hat einen aktuellen Beschluss des Europäischen

Parlaments zur Vertiefung der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit mit Taiwan ausdrücklich begrüßt und dankte dem Europaparlament für diesen konkreten Rückhalt. Damit reagierte die Regierung in Taipeh auf Bericht über „Strategische Verteidigungs- und Sicherheitspartnerschaften der EU“. Das Dokument markiert einen signifikanten Schritt in den Beziehungen zwischen Brüssel und Taipei, da es explizit eine stärkere Kooperation im Verteidigungssektor sowie einen regelmäßigen sicherheitspolitischen Austausch anregt. Die EU-Parlamentarier stufen China darin als wesentlichen Unterstützer der russischen Kriegswirtschaft ein und warnen vor der geopolitischen Verwundbarkeit Europas durch die Abhängigkeit von kritischen chinesischen Rohstoffen. Als Konsequenz fordert das Parlament eine Neubewertung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Peking sowie eine konsequente Umsetzung der „De-Risking“-Strategie, um die wirtschaftliche Resilienz der Europäischen Union zu stärken.

In eigener Sache

Willkommen im Jahr des Feuer-Pferdes!



Am 17. Februar begann gemäß Mondkalender das neue Jahr im Zeichen des Feuer-Pferdes.

Das Pferd gilt als freiheitsliebend, kreativ, tatendurstig, aber ungeduldig, symbolisiert Freiheit, Unabhängigkeit, Vorwärtsdrang und den Wunsch, selbst zu entscheiden. Das Element Feuer verstärkt diese Eigenschaften: Es steht für Energie, Direktheit und Intensität.

Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern unseres Taiwan-Newsletters ein gesundes, glückliches und erfolgreiches neues Mondjahr!